Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

1. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Welche Bundesminister, Staatssekretäre sowie Beamte der Leitungsebene des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie hatten in den Jahren 2000 bis 2005 Kontakt zur Firma „Büro für Südosteuropaberatung (BfS)“ bzw. deren Betreibern Dagmar Luuk und Heinz-Alfred Steiner, und was war Inhalt der jeweiligen Treffen, Telefonate oder anderweitiger Kontakte (bitte jeweils mit Angabe von Datum, Ort und Inhalt der Gespräche)?

Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake vom 27. Mai 2014

Eine Verpflichtung zur Erfassung aller Kontakte der Leitungsebene besteht nicht. Auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen hat es in dem mehrere Jahre und zwei unterschiedliche Legislaturperioden umfassenden Zeitraum keine Kontakte mit der Firma „Büro für Südosteuropaberatung (BfS)“ gegeben.

2. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren jeweils in den vergangenen zehn Jahren beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für die Bearbeitung von Exportgenehmigungsanträgen für halbautomatische Kurzwaffen zuständig, und über welche Ausbildung verfügen diese jeweils (bitte unter zusätzlicher Angabe, welche Funktion die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ggf. zuvor im BAFA innehatten)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski vom 28. Mai 2014

In den vergangenen zehn Jahren waren im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) durchweg drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (seit September 2013: vier) für die Bearbeitung von Exportgenehmigungsanträgen für Hand- und Faustfeuerwaffen sowie deren Munition zuständig. Ein Teil dieser Anträge betrifft die Ausfuhr von halbautomatischen Kurzwaffen, die nicht vom Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen erfasst sind. Zusätzlich waren zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der fachtechnischen Abteilung des BAFA mit Stellungnahmen zu diesen Ausfuhranträgen intern befasst. Auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht ausschließlich nur mit Exportgenehmigungsanträgen für halbautomatische Kurzwaffen betraut. Es ist in der Kürze der Zeit nicht möglich festzustellen, wie viel Arbeitszeit bei jedem der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Abteilungen auf die Bearbei-

tung von Anträgen für die Ausfuhr von halbautomatischen Kurzwaffen entfällt.

Eine nähere Spezifizierung der individuellen Ausbildung bzw. eines eventuell vorhergehenden Einsatzes dieser Beschäftigten im BAFA kann innerhalb der für die Beantwortung Schriftlicher Fragen zur Verfügung stehenden Antwortfrist nicht erfolgen. Generell wird von den Beschäftigten im Genehmigungsreferat regelmäßig eine Verwaltungsausbildung gefordert (Verwaltungswirt, Wirtschaftsjurist o. Ä.). Im technischen Bereich kommen Diplom-Ingenieure zum Einsatz. Alle mit der Bearbeitung von Exportgenehmigungsanträgen betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören dem gehobenen Dienst an. Die zuständigen Fachvorgesetzten und Führungskräfte (Referatsleitungen) sind regelmäßig Beamte des höheren Dienstes (Volljuristen bzw. Diplom-Ingenieure [Technische Hochschule]).

3. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Akteure sind in den Prozess der Überprüfung der Haltung der Bundesregierung zur internationalen Finanzierung von Kohlekraftwerken eingebunden, und nach welchen Kriterien treffen diese Akteure eine – wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Uwe Beckmeyer in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages vom 7. Mai 2014 angekündigt – Entscheidung über die künftige Haltung der Bundesregierung (bitte unter Angabe des Zeitpunktes)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke vom 23. Mai 2014

Die Bundesregierung entscheidet über ihre Haltung zur Finanzierung von Kohlekraftwerken im Zusammenwirken zwischen allen Ressorts, deren Geschäftsbereiche betroffen sind, und hat hierzu bereits erste Beratungen aufgenommen. In diesem Kontext prüft die Bundesregierung auch, inwiefern die geltenden Kriterien insbesondere in der entwicklungs- und klimapolitischen Zusammenarbeit geeignet sind, die Ziele der internationalen Klimapolitik zu erreichen. Die Bundesregierung wird – wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Uwe Beckmeyer angekündigt – im Herbst 2014 dem Deutschen Bundestag einen schriftlichen Bericht vorlegen.

4. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, die gemeinsame Vermarktung von Rundholz durch die Landesforstbehörden per Ministererlaubnis für das Land Baden-Württemberg und andere Länder vor dem Hintergrund des vor dem Abschluss stehenden Kartellverfahrens weiterhin zu gestatten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dass Gesichtspunkte der Daseinsvorsorge, der Rundholzmobilisierung und der Sicherstellung